

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 44



■ Michael Grömling

Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung in Deutschland

Vorabversion aus: IW-Trends, 44. Jg. Nr. 1
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2017 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung in Deutschland

Michael Grömling, März 2017

Zusammenfassung

Zunehmende Ungleichheit wird für Wachstumsprobleme und eine politische Polarisierung in einer Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften verantwortlich gemacht. Dadurch hat auch die Analyse der makroökonomischen Einkommensverteilung in der zurückliegenden Dekade einen neuen An Schub bekommen. Verschiebt sich die gesamtwirtschaftliche Einkommensentstehung hin zu Kapitaleinkommen, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen auf die personelle Einkommensverteilung und ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft. Ein internationaler Vergleich von fortgeschrittenen Ländern zeigt jedoch für das vergangene Vierteljahrhundert keinen breit angelegten und durchgängigen Rückgang der Lohnquote. Vielmehr ist in den 18 betrachteten Ländern kein einheitliches Muster zu erkennen. Abgesehen von den Effekten der zum Teil starken konjunkturellen Wechselagen war in Deutschland in den 1990er Jahren und in den letzten Jahren eine stabile Lohnquote zu beobachten. Bei der Interpretation der funktionellen Einkommen und ihrer Verteilung sind statistische Einschränkungen und Besonderheiten zu beachten. Diese beziehen sich auf die vor allem hinsichtlich der Unternehmensgewinne eingeschränkten statistischen Ausgangsdaten. Bei der Definition der Arbeitnehmerentgelte sind die Arbeitseinkommen der Selbstständigen nicht berücksichtigt. Sie werden dagegen als Unternehmenseinkommen verbucht. Außerdem liefert die funktionelle Einkommensverteilung einen Ausgangspunkt für die Einkommensposition der privaten Haushalte. Auf Basis der Sektorkonten in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hatten diese in Deutschland zuletzt einen Anteil von 83 Prozent an den gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen.

Stichwörter: Einkommensverteilung, Lohnquote, Haushaltseinkommen, volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

JEL-Klassifikation: E01, E25

Verteilungspolitische Relevanz der Lohnquote

Die politische Landschaft hat sich in einer Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahren offensichtlich markant verändert. Populistische Argumente gewinnen und internationale Belange verlieren in der politischen Auseinandersetzung an Bedeutung. Die sich zum Teil in hohem Maß stark auf ein nationales Eigenleben ausrichtenden Wahlkämpfe nehmen oftmals Bezug auf eine sich verschlechternde Verteilungssituation. Die Globalisierung mit all ihren Dimensionen wird für wirtschaftliche Schwäche und zunehmende Ungleichheit verantwortlich gemacht. In diesem Kontext wird auch gefragt, ob eine wachsende Wahrnehmung von Verteilungsschiefen nicht nur die ökonomische Entwicklung hemmen, sondern auch die wirtschaftliche und politische Freiheit in demokratischen Gesellschaften bedrohen kann (Hüther, 2017; Sunde, 2017).

Dies wiederum wirft einerseits die Frage auf, wie die vielfältigen theoretischen Zusammenhänge zwischen der Verteilungssituation in einem Land und dessen wirtschaftlicher Entwicklung sind. Andererseits müssen die unterschiedlichen Dimensionen der Entwicklung und Verteilung der Einkommen empirisch aufgearbeitet und erklärt werden. Bei dem Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und den zugrunde liegenden Treibern wie dem technologischen und organisatorischen Fortschritt oder der Internationalisierung sowie der Einkommensverteilung kommt es in erster Linie auf die personellen Einkommen an. Hier wird auf der Ebene der Individuen oder Haushalte empirisch untersucht, ob es bisher zu einer zunehmenden oder abnehmenden Einkommensspreizung kam (Niehues, 2017; Schröder, 2017).

Eine Analyse der personellen Einkommen muss in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eingebettet werden (Atkinson, 2009; Glyn, 2009). Um die Entwicklung und Verteilung der personellen Einkommen und vor allem ihre Wahrnehmung in der politischen Auseinandersetzung verstehen zu können, ist die zeitgleiche makroökonomische Produktions- und Einkommenssituation zu berücksichtigen. Ansonsten ist nicht auszuschließen, dass es zu einer „Disjunktion von Wachstums- und Einkommenswahrnehmung“ (Atkinson, 2009, 5) kommen kann. Damit ist die sogenannte funktionelle oder makroökonomische Einkommensverteilung für eine umfassende Verteilungsanalyse relevant. Seit geraumer Zeit zeigt sich diese Sicht wieder in einer Fülle von Untersuchungen im akademischen Bereich (z. B. Atkinson,

2009; Stiglitz et al., 2009; Piketty, 2014) und bei internationalen Forschungseinrichtungen (IMF, 2007; OECD, 2012; ILO/OECD, 2015). Dabei stellt sich vor allem die Frage, ob sich die makroökonomische Einkommensverteilung säkular weg von den Arbeitseinkommen und hin zu den Kapitaleinkommen verlagert hat. Als mögliche Ursachen für einen Bedeutungsverlust der Arbeitseinkommen im gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozess und der damit verbundenen Einkommensentstehung werden ökonomische und politische Gründe angeführt (Glyn, 2009, 116 ff.): Zum einen richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Frage, ob technologischer Fortschritt und Globalisierung für relativ ansteigende Kapitaleinkommen im Vergleich mit den Arbeitseinkommen verantwortlich sind. Zum anderen wird untersucht, ob und inwieweit politische Veränderungen (z. B. Deregulierungen der Güter- und Faktormärkte sowie angebotspolitische Veränderungen im Steuersystem) und lohnpolitische Veränderungen (z. B. als Folge einer schwächeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften) zu einem relativen Rückgang der Arbeitseinkommen führten.

Wenn es aufgrund dieser genannten Entwicklungen zu markanten Veränderungen in der Entstehung und Verteilung der makroökonomischen Einkommen kommt, dann wird dies nicht ohne Auswirkungen auf die personellen Einkommen und ihre Verteilung bleiben. Folgendes Argument wird hier genannt (Atkinson, 2009, 5; Glyn, 2009, 109; Piketty, 2014; ILO/OECD, 2015, 10): Ein trendmäßiger Anstieg der Kapitaleinkommen an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentstehung führt zu einer höheren personellen Einkommensungleichheit, wenn die Vermögensbestände und die Kapitaleinkommen stärker auf die Individuen oder Haushalte konzentriert sind. Eine Verbesserung der makroökonomischen Lage – eine steigende Produktion und ein steigendes Nationaleinkommen – werden dann von der breiten Masse der Arbeitseinkommensbezieher nicht als eine Verbesserung ihrer Einkommenssituation wahrgenommen.

Im folgenden Beitrag wird die funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland beschrieben. Damit soll die Frage, ob sich im makroökonomischen Produktionsprozess die Einkommensentstehung weg von den Arbeitseinkommen entwickelt hat, empirisch beantwortet werden. Dies bietet den gesamtwirtschaftlichen Kontext für eine Analyse der personellen Einkommensverteilung. Die Ursachen für Veränderungen in der funktionellen Einkommensverteilung werden hier nicht thematisiert (s. hierzu Grömling, 2008; Glyn, 2009; OECD, 2012; ILO/OECD, 2015).

Die Entwicklung in Deutschland im vergangenen Vierteljahrhundert wird mit jener in einer Reihe von fortgeschrittenen Ländern verglichen. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse müssen wichtige statistische Einschränkungen beachtet werden. Diese beziehen sich auf die Ausgangsdaten, die Abgrenzung der Einkommensaggregate und die Schlussfolgerungen für die gesamten Haushaltseinkommen.

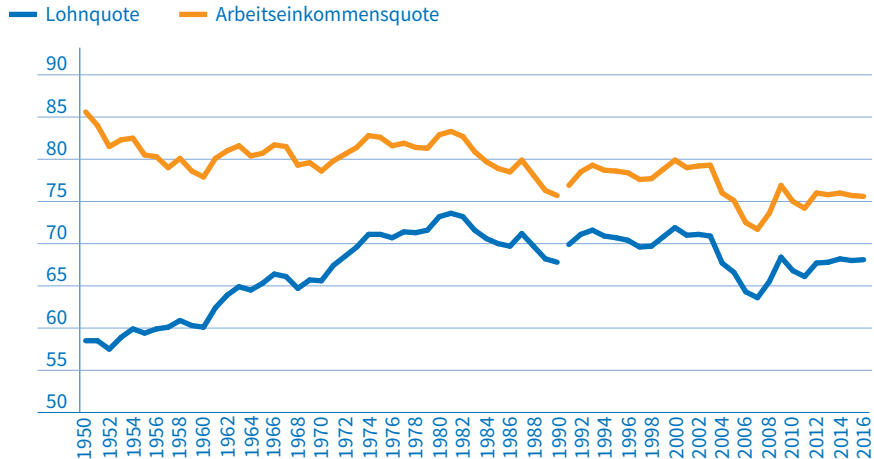
Langfristige Entwicklung in Deutschland

Zur Messung der funktionalen Einkommensverteilung wird in der Regel die sogenannte Lohnquote herangezogen. Dabei handelt es sich in der traditionellen Abgrenzung um den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen. Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer sowie aus den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen. Bei den unterstellten Sozialbeiträgen handelt es sich beispielsweise um die Aufwendungen der Arbeitgeber für Betriebsrenten und Beamtenpensionen. Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geldleistungen und Sachleistungen von den Arbeitgebern an die Arbeitnehmer, zum Beispiel Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Fahrtkostenzuschüsse und kostenloses Wohnen (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 76 f.).

Im Jahr 2016 lag die Lohnquote in Deutschland bei gut 68 Prozent des Volkseinkommens. Abbildung 1 stellt ihre Entwicklung in Westdeutschland ab dem Jahr 1950 und in Deutschland ab 1991 dar. Alle Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für Deutschland ab dem Jahr 1991 basieren auf Statistisches Bundesamt (2017). Dieser langen Zeitreihe liegen unterschiedliche Abgrenzungen der relevanten Größen im Zähler und Nenner zugrunde, die einen Zeitvergleich nur mit Einschränkungen erlauben (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 267). Gleichwohl kann langfristig kein durchgängiger Rückgang beobachtet werden. Die Lohnquote stieg in Westdeutschland von unter 60 Prozent Anfang der 1950er Jahre auf über 73 Prozent Anfang der 1980er Jahre an. Danach ging die Quote bis Mitte der 1980er Jahre zurück und sie bewegte sich bis zum Jahr 2003 unter leichten Schwankungen um einen Durchschnittswert von knapp 71 Prozent. Danach fiel die Lohnquote stark auf ihren Tiefpunkt seit der Wiedervereinigung von knapp 64 Prozent im Jahr 2007. Seit der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 bewegt sie sich – unter zunächst merklichen Schwankungen – auf einem zuletzt stabilen Niveau von 68 Prozent.

Langfristige funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland

Anteil der Arbeitnehmerentgelte¹⁾ und der Arbeitseinkommen²⁾ am Volkseinkommen in Prozent



1950 bis 1991 Westdeutschland, ab 1991 Deutschland.

1) Lohnquote: Arbeitnehmerentgelte wurden früher als Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit bezeichnet.

2) Arbeitseinkommensquote: Summe der Arbeitnehmerentgelte (der abhängig beschäftigten Arbeitnehmer) und des Arbeitseinkommens der Selbstständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) errechnet aus der Anzahl der Selbstständigen multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers.

Quellen: Grömling, 2006; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abbildung 1: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333866/storage/master/download/abb1.xlsx

Der Verlauf der Lohnquote in Deutschland seit 1991 wurde vor allem durch die Entwicklung im Jahr 2004 stark geprägt. Deutschland durchlebte im Zeitraum 2001 bis 2005 die längste Stagnationsphase der Nachkriegszeit. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs in diesem Zeitraum nur um durchschnittlich 0,3 Prozent. Während die Arbeitnehmerentgelte um 0,2 Prozent pro Jahr schwach zulegten, gab es bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von 5,7 Prozent. Dieser beruht in einem hohen Maß auf dem Anstieg im Jahr 2004 in Höhe von 16,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den Kommentaren des Statistischen Bundesamtes (Hartmann, 2005) wird dies inhaltlich nicht erläutert, sondern nur mit dem Verweis begleitet, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen als Restgröße berechnet werden. Würde hypothetisch für das Jahr 2004 ein Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur von 5 Prozent angesetzt – was für die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage nicht unplausibel erscheint, dann wäre zum einen die Lohnquote im Jahr 2004 nicht so stark eingebrochen. Zum anderen läge sie seit der globalen Finanzmarktkrise wieder stabil bei gut 70 Prozent und somit auf dem Niveau der 1990er Jahre.

Diese langfristige Betrachtung weist darauf hin, dass eine generell rückläufige Lohnquote hierzulande nicht zu beobachten ist. Vielmehr gab es Phasen von ausgeprägter Stabilität und Phasen mit merklichen Anstiegen und Rückgängen. Dieser Befund deckt sich mit der Analyse von Glyn (2009, 117 ff.): Demnach war in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im 20. Jahrhundert zunächst über sieben bis acht Dekaden eine ansteigende Lohnquote zu beobachten. Erst mit den 1980er Jahren setzte eine rückläufige Tendenz ein. Daraus lässt sich für verteilungspolitische Analysen folgern, dass Tendenzaussagen immer auch von dem gewählten Ausgangszeitpunkt abhängen. Eine Analyse, die mit den Höhepunkten Anfang der 1980er Jahre startet, kommt zu anderen Ergebnissen als eine Betrachtung ab Anfang der 1960er oder ab Anfang der 1990er Jahre.

Diese längerfristig wechselhafte Entwicklung zeigt sich ebenso bei einer breiter angelegten Messung der funktionellen Einkommensverteilung anhand der sogenannten Arbeitseinkommensquote, die die Arbeitseinkommen der Selbstständigen berücksichtigt. Vorweg signalisiert diese Messgröße eine über eine lange Zeit hohe Stabilität in der makroökonomischen Einkommensverteilung in Deutschland. Ausnahmen bilden die 1970er Jahre, als die Quote um rund 5 Prozentpunkte über ihrem Langfristwert von 80 Prozent lag, und die letzten zehn Jahre, als sich die Arbeitseinkommensquote auf durchschnittlich 75 Prozent belief. Auch hier schlägt sich der starke Niveaueffekt des Jahres 2004 deutlich nieder.

Hoher Konjunkturinfluss

Die beiden Gipfel der Lohnquote und der Arbeitseinkommensquote Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre sowie der starke Anstieg in Deutschland in den Jahren 2008 und 2009 weisen darauf hin, dass die Lohnquote besonders in konjunkturell schlechten Zeiten vergleichsweise stark ansteigt (Abbildung 1). Dies liegt weniger an Schwankungen der Arbeitnehmerentgelte, sondern vielmehr an der hohen Volatilität der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Grömling, 2006; ILO/OECD, 2015, 4): Während die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen in einer Abschwungphase sogar absolut sinken, steigen die Arbeitseinkommen oftmals weiter an. Dies war auch in den Jahren 2008 und 2009 in Deutschland der Fall: Die Unternehmen hielten die Beschäftigung aufrecht und damit stieg auch der Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit in dieser Phase schwach an. Dagegen brachen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Jahr 2008

um 4,4 Prozent und im Jahr 2009 um 12,3 Prozent jeweils gegenüber dem Vorjahr ein. Anders verhält es sich in der Regel im Aufschwung: Die Beschäftigung und damit die Arbeitseinkommen kommen erst zeitverzögert in Schwung, während sich die Gewinnsituation der Unternehmen und die Kapitaleinkommen der Haushalte bereits deutlich erholen. Die Verschiebung der Verteilungsrelation zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen ist im beginnenden Aufschwung auch im Zusammenhang mit höheren Produktivitätssteigerungen zu sehen. Die wieder anziehende Produktion löst bei einer unzureichenden Auslastung des Kapitalstocks und der Belegschaft einen relativ hohen Produktivitätszuwachs aus. Außerdem wirken die Umstrukturierungen im Gefolge der vorangegangenen Rezession. Die hohen Schwankungen der Lohnquote in den Jahren 2008 bis 2011 spiegeln ausschließlich die hohen Ausschläge der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wider: Den bereits genannten Rückgängen in den Jahren 2008 und 2009 stehen in den Jahren 2010 und 2011 Anstiege in Höhe von 11,2 Prozent und 7,7 Prozent gegenüber. Damit wurde im Jahr 2011 das absolute Niveau der Unternehmens- und Vermögenseinkommen des Jahres 2007 wieder erreicht.

Ist Deutschland ein Sonderfall?

Die in Abbildung 1 dargestellte Lohnquote ist in Deutschland in der verteilungspolitischen Diskussion gebräuchlich. Für einen internationalen Vergleich ist sie jedoch nicht anwendbar. Hierfür wird in der Regel die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung (BWS) und nicht das Volkseinkommen als Bezugsgröße herangezogen, da Letzteres nicht zum Darstellungsprogramm der international vergleichbaren Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehört (Eurostat, 2014). Während mit dem Volkseinkommen eine Einkommensgröße als Bezug gewählt wird, ist die BWS eine Produktionsgröße. Bei Zugrundelegung der BWS werden vor allem die Abschreibungen berücksichtigt, die als Kapitalnutzungskosten interpretiert werden können. Bei der verteilungspolitischen Interpretation der Abschreibungen ist zu beachten, dass diese in den VGR einen hohen Schätzcharakter aufweisen (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 142 ff.). Tabelle 1 zeigt für Deutschland im Jahr 2016 die Unterschiede zwischen den beiden Bezugsgrößen BWS und Volkseinkommen (Brümmerhoff/Grömling, 2015, 65). Die Abschreibungen hatten in diesem Jahr ein Gewicht von 20 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen BWS und sie können somit entsprechend 20 Prozentpunkte oder fast die Hälfte der Kapitaleinkommensquote in Höhe von 44 Prozent (100 – 56) erklären.

Bezugsgrößen für die Lohnquote

Angaben für Deutschland im Jahr 2016 in Milliarden Euro und in Prozent des Volkseinkommens und der Bruttowertschöpfung (BWS)

	in Milliarden Euro	in Prozent des Volkseinkommens	in Prozent der BWS
Bruttowertschöpfung	2.821	121	100
+ Netto-Gütersteuern ¹⁾	312	13	11
= Bruttoinlandsprodukt	3.133	134	111
+ Netto-Primäreinkommen aus dem Ausland	65	3	2
= Bruttonationaleinkommen	3.197	137	113
- Abschreibungen	552	24	20
= Nettonationaleinkommen	2.645	113	94
- Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen	307	13	11
= Volkseinkommen	2.338	100	83
Arbeitnehmerentgelt	1.593	68	56
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	745	32	26

1) Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



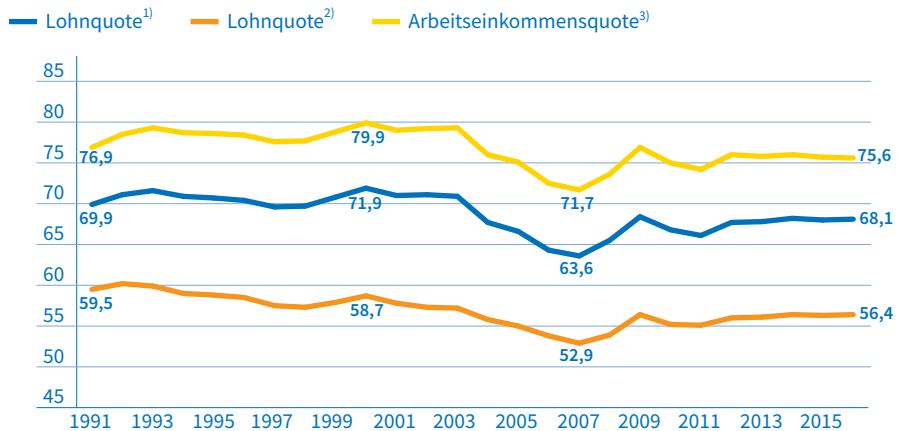
Tabelle 1: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333870/storage/master/download/tab1.xlsx

Abbildung 2 zeigt für Deutschland, dass diese absolut höhere Bezugsgröße zu einem erheblich niedrigeren Anteil der Arbeitnehmerentgelte führt. Deren Anteil an der nominalen BWS hatte im Zeitraum 1991 bis 2016 ein durchschnittliches Gewicht von knapp 57 Prozent. Dies liegt gleichzeitig um knapp 12 Prozentpunkte unter der traditionellen Lohnquote und sogar um knapp 20 Prozentpunkte unter der Arbeitseinkommensquote jeweils auf Basis des Volkseinkommens. Die Lohnquote auf Basis der BWS weist einen ähnlichen Verlauf auf wie die anderen beiden Quoten. Die Schwankungen fallen jedoch geringer aus. Trotz dieser unterschiedlichen Bezugsgrößen wird nochmals deutlich, dass die makroökonomische Verteilung mit Ausnahme der Jahre 2003 bis 2009 in Deutschland stabil war. Die Quoten lagen im Durchschnitt der letzten Jahre einerseits deutlich unter dem Mittelwert der 1990er Jahre. Andererseits wurden zuletzt aber auch die Tiefstwerte von vor zehn Jahren um jeweils rund 4 Prozentpunkte deutlich übertroffen.

Im Weiteren wird die funktionelle Einkommensverteilung in Deutschland und einer Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften im vergangenen Vierteljahrhundert beschrieben. Tabelle 2 gibt Aufschluss darüber, ob die aufgezeigte und überwiegend

Entwicklung unterschiedlicher Lohnquoten in Deutschland

Angaben in Prozent



1) Lohnquote berechnet als Arbeitnehmerentgelte in Prozent des Volkseinkommens.

2) Lohnquote berechnet als Arbeitnehmerentgelte in Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung.

3) Arbeitseinkommensquote berechnet als Summe der Arbeitnehmerentgelte und des Arbeitseinkommens der Selbstständigen (Anzahl der Selbstständigen multipliziert mit dem Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers) in Prozent des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Abbildung 2: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333867/storage/master/download/abb2.xlsx

stabile Entwicklung in Deutschland einen Sonderfall darstellt und ob in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften der eingangs zitierte Befund einer säkular rückläufigen Lohnquote zutreffend ist. Dieser internationale Vergleich betrachtet die Anteile der Arbeitnehmerentgelte an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung für Fünfjahresdurchschnitte im Zeitraum 1991 bis 2015. Die Höchst- und Tiefstwerte in den einzelnen Ländern sind jeweils farblich unterlegt.

Der internationale Vergleich der Lohnquoten zeigt zum einen markante Niveauunterschiede am aktuellen Rand. Als Erklärung hierfür werden zum Beispiel unterschiedlich hohe Selbstständigenquoten und unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen mit jeweils unterschiedlichen Kapitalintensitäten in den Wirtschaftsbereichen genannt (Glyn, 2009, 122). Die höchsten Lohnquoten mit rund 60 Prozent gab es im Zeitraum 2011 bis 2015 in der Schweiz, Dänemark und Frankreich. Deutschland, das Vereinigte Königreich und die USA liegen mit gut 55 Prozent im oberen Mittelfeld. Weit davon entfernt befinden sich Italien mit 44 Prozent und Irland mit 41 Prozent. Irland ist zugleich das Land, in dem die Lohnquote langfristig am stärksten

Lohnquoten im internationalen Vergleich

Arbeitnehmerentgelte in Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung;
Fünfjahresdurchschnitte

	1991–1995	1996–2000	2001–2005	2006–2010	2011–2015
Belgien	56,5	55,9	56,2	55,9	56,9
Dänemark	58,8	58,9	59,4	61,4	59,8
Deutschland	59,5	58,0	56,6	54,5	56,0
Finnland	59,7	54,2	53,4	55,0	57,4
Frankreich	56,6	56,5	56,8	56,9	58,3
Irland	49,8	45,6	42,8	46,6	41,0
Italien	45,1	42,3	41,8	43,6	44,1
Japan	53,2	53,5	51,7	51,0	52,1
Luxemburg	54,9	51,8	54,9	54,6	54,5
Niederlande	56,7	55,6	55,9	54,2	55,0
Norwegen	53,2	52,6	49,2	48,1	50,8
Österreich	57,6	55,2	52,9	52,1	53,5
Portugal	54,6	54,4	54,8	53,7	51,1
Schweden	53,8	50,7	51,8	51,7	53,7
Schweiz	59,0	58,4	60,2	58,4	60,7
Spanien	52,6	52,9	53,0	54,2	52,5
USA	59,6	58,0	57,4	56,0	55,1
UK	52,9	52,9	56,1	56,9	56,3

Höchstwerte und Tiefstwerte der einzelnen Länder sind farblich unterlegt.

Quellen: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Tabelle 2: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333871/storage/master/download/tab2.xlsx

zurückgegangen ist. Merkbliche Rückgänge gab es beim Vergleich der Randwerte 2011/2015 mit 1991/1995 auch in Österreich, Deutschland, Portugal und den USA. Dagegen stiegen die Lohnquoten im gesamten Betrachtungszeitraum in Frankreich, der Schweiz und im Vereinigten Königreich merklich und in drei weiteren Ländern leicht an.

Der Vergleich der beiden Randwerte verdeckt allerdings die Entwicklung innerhalb der Gesamtperiode. In nur vier Ländern (Irland, Portugal, Spanien und USA) werden am aktuellen Rand die Tiefstwerte auf Basis von Fünfjahresdurchschnitten realisiert. Mit Blick auf die 18 Länder zeigt sich kein einheitliches Muster. Eine uneinheitliche Entwicklung ergibt sich ebenso beim Vergleich des Zeitabschnitts 2011 bis 2015 mit der vorhergehenden Periode 2006 bis 2010: In acht der insgesamt 18 betrach-

teten Volkswirtschaften wurde im Zeitraum 2006 bis 2010 der Tiefpunkt innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts realisiert. Das gilt auch für Deutschland. In 13 der betrachteten Länder lag die Lohnquote im Zeitraum 2011 bis 2015 über dem Niveau der vorhergehenden fünf Jahre. In Belgien, Frankreich und der Schweiz wurden zuletzt sogar die höchsten Werte seit 1991 beobachtet. Deutliche Rückgänge gab es am aktuellen Rand in den Krisenländern Irland, Portugal und Spanien, eine leicht sinkende Lohnquote zeigte sich in den USA und im Vereinigten Königreich. Somit kann festgehalten werden, dass die deutsche Entwicklung keinen Sonderfall darstellt. Trotz des in der Hälfte der 18 Länder beim Vergleich der Randwerte zuletzt merklich niedrigeren Niveaus ist ein durchgängiger Rückgang der Lohnquoten im letzten Vierteljahrhundert in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht eingetreten. Diese länderspezifischen Entwicklungen müssen auch bei den Erklärungen im Vordergrund stehen.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse müssen zudem eine Reihe von empirischen Einschränkungen beachtet werden. Diese beziehen sich auf die statistischen Ausgangsdaten, die Definition der Arbeitnehmerentgelte und die Schlussfolgerungen für die Haushaltseinkommen. Diese Limitierungen werden im Folgenden exemplarisch für Deutschland dargestellt.

Eingeschränkte statistische Basis

Internationale Vergleiche lassen sich nicht auf Basis des Volkseinkommens berechnen, da diese Bezugsgröße im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) nicht ausgewiesen wird. In den deutschen VGR wird das Volkseinkommen nach wie vor als Summe der Arbeitnehmerentgelte sowie der Unternehmens- und Vermögenseinkommen aller Sektoren berechnet. Während für die Arbeitnehmerentgelte durch die Lohn- und Gehaltsmeldungen der Unternehmen tatsächliche Daten zur Verfügung stehen, beruhen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den VGR nach wie vor auf einer Vielzahl von Schätzungen (Braakmann et al., 2005; Brümmerhoff/Grömling, 2015, 76; Schwahn/Schwarz, 2012, 837 ff.). Die Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen sind ein Sammelposten verschiedenster Einkommensarten, die auch sämtliche Vermögenseinkommen der privaten und öffentlichen Haushalte (z. B. die geschätzten Mieten für selbstgenutztes Wohneigentum) umfassen. Die Vermögenseinkommen aus Vermietung und Eigennutzung von Wohnraum werden mit-

hilfe eines umfangreichen Rechenmodells auf Basis des Wohnungsbestands und von Durchschnittsmieten berechnet. Für die Unternehmenseinkommen gibt es keine zeitnahe originäre Datenquelle und sie ergeben sich in den VGR als eine Restgröße aus der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung (Schwahn/Schwarz, 2012, 837). Sämtliche statistische Unschärfen und Messfehler in den VGR schlagen sich somit in diesem Aggregat nieder. In diesem Zusammenhang wurde bereits die erklärungsbedürftige Datenlage für das Jahr 2004 angesprochen. Zudem hatten die VGR-Revision von 2005 – vor allem die Einführung einer fiktiven Einkommensgröße wie der unterstellten Bankdienstleistungen (FISIM) – und die Einführung des ESVG 2010 im Jahr 2014 zum Teil deutliche Auswirkungen auf die funktionelle Verteilungsrechnung (Braakmann et al., 2005; Grömling, 2006; Brümmerhoff/Grömling, 2014). Die Revisionen und besonders die Ausweitung des Investitions- und Kapitalbegriffs wirkten reduzierend auf die Lohnquote.

Arbeitseinkommen der Selbstständigen

Das Einkommen für die geleistete Arbeit der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zählt in der VGR-Verteilungsrechnung zum Unternehmens- und Vermögenseinkommen und in der VGR-Sektorrechnung zu den privaten Haushaltseinkommen (zur Historie der Einkommensdefinitionen in den VGR s. Hauf/Voy, 2009). Somit umfasst die Lohnquote nicht die gesamten Arbeitseinkommen einer Volkswirtschaft. Unter der Annahme, dass die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen das gleiche Arbeitseinkommen pro Kopf beziehen wie ein unselbstständiger Arbeitnehmer (Gollin, 2002), ergibt sich ein deutlich höherer Anteil der gesamten Arbeitseinkommen am Volkseinkommen. Die Abbildungen 1 und 2 haben neben der Lohnquote auch den Verlauf der sogenannten Arbeitseinkommensquote gezeigt. Diese Quote umfasst neben den Einkommen aus unselbstständiger Arbeit die Einkommen aus selbstständiger Arbeit auf Basis der erwähnten Hilfsrechnung. Sieht man von den hohen Werten Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre sowie dem Rückgang auf gut 75 Prozent in den letzten Jahren ab, dann lag die Arbeitseinkommensquote meist relativ nah am langfristigen Durchschnitt von rund 80 Prozent. Auf Basis der hypothetischen Bereinigung für 2004 würde dies auch für die letzten Jahre gelten.

Seit der Wiedervereinigung haben sich die Lohnquote und die Arbeitseinkommensquote im Großen und Ganzen ähnlich entwickelt. Das war in den vorhergehenden

drei Dekaden nicht der Fall. Der Grund hierfür war die Bedeutungsveränderung der selbstständigen Tätigkeiten in den beiden Betrachtungszeiträumen: Der Anteil der Selbstständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) an den Erwerbstätigen sank in Westdeutschland von Anfang der 1950er Jahre bis Anfang der 1990er Jahre von über 30 Prozent auf gut 10 Prozent. Dies war stark geprägt von dem Strukturwandel in der Landwirtschaft. Damit näherten sich die beiden Quoten bis auf rund 8 Prozentpunkte an (Abbildung 1). Dagegen stieg die Selbstständigenquote in Deutschland im Zeitraum 1991 bis 2005 vorübergehend wieder merklich an – mit den entsprechenden dämpfenden Effekten auf die Lohnquote. Zum Teil lag dies an der zunehmenden Erwerbstätigkeit im Rahmen von Ich-AGs. Zuletzt hat sich die Selbstständigenquote wieder zurückgebildet.

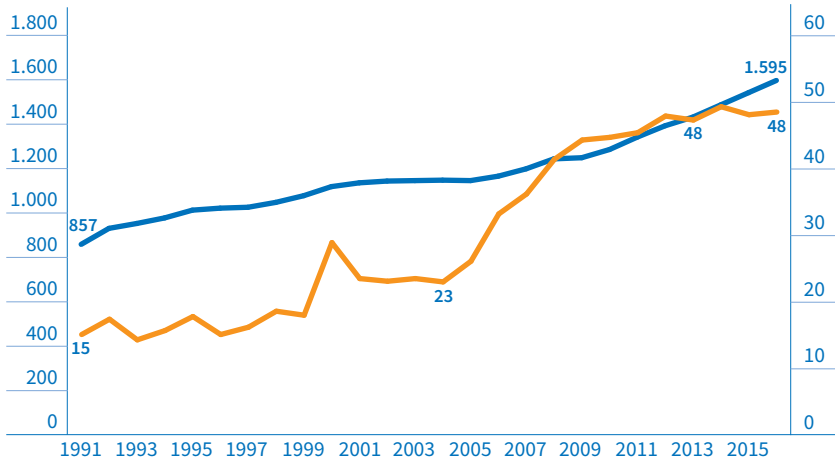
Bei der Interpretation der funktionellen Einkommensverteilung muss auf die wachsende Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge hingewiesen werden. Die Beiträge der Arbeitgeber für betriebliche Pensionsfonds sind als Arbeitseinkommen zu bewerten (Glyn, 2009, 107) und sie werden in den VGR auch als Arbeitnehmerentgelt gebucht. Abbildung 3 zeigt, wie sich in Deutschland im Zeitraum 1991 bis 2016 die jährliche Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche entwickelt hat. Bis zum Jahr 2004 war nur ein überschaubarer Zuwachs der jährlichen Veränderungen von 15 auf 23 Milliarden Euro zu verzeichnen. Danach hat sich das jährliche Volumen bis zum Jahr 2012 auf 48 Milliarden Euro kräftig erhöht. Belief sich die jährliche Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche in den 1990er Jahren noch auf 1,7 Prozent des jährlichen Arbeitnehmerentgelts, so waren es im Zeitraum 2008 bis 2012 gut 3,4 Prozent. Zuletzt ging das Verhältnis auf 3 Prozent zurück.

Offensichtlich beeinträchtigt die Niedrigzinsphase in den letzten Jahren die Entwicklung der jährlich neu entstehenden Versorgungsansprüche der Arbeitnehmer. Für die Interpretation der Lohnquote ist es bedeutsam, dass sich die Erträge aus der Verzinsung des damit entstehenden Kapitalstocks für die Anlagen der privaten Haushalte bei Versicherungsunternehmen und Pensionskassen in den gesamtwirtschaftlichen Vermögenseinkommen niederschlagen. Dabei findet im Rahmen der VGR eine laufende oder periodengerechte („accrual“) Zurechnung der Versicherungserträge als Vermögenseinkommen der privaten Haushalte statt – und nicht erst mit der faktischen einmaligen Auszahlung am Berufsende (Schwahn/

Arbeitnehmerentgelt und betriebliche Versorgungsansprüche

Angaben für Deutschland in Milliarden Euro

— Arbeitnehmerentgelt (linke Skala) — Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (rechte Skala)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Abbildung 3: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333868/storage/master/download/abb3.xlsx

Schwarz, 2012, 830 ff.). Eine zunehmende betriebliche Altersvorsorge der Unternehmen führt buchungstechnisch in den VGR bereits während der Ansparphase zu unterstellten Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer und dies wirkt dämpfend auf die Lohnquote. Diese zunehmende Querverteilung – hier direkt aus Arbeitsentgelten – wird im folgenden Abschnitt weiter ausgeführt.

Querverteilung und Haushaltseinkommen

Ein Darstellungsziel der funktionellen Einkommensverteilung ist die Aufteilung des Volkseinkommens auf die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Dies würde entsprechend die Arbeitseinkommensquote und die Kapitaleinkommensquote widerspiegeln. Mit Verweis auf die Arbeitseinkommen der Selbstständigen wurde bereits dargestellt, dass die Lohnquote den Anteil des Produktionsfaktors Arbeit nicht vollständig abbildet. Darüber hinaus erlaubt sie ebenfalls keinen Rückschluss auf die gesamte Einkommensposition der Arbeitnehmer. Das liegt vor allem daran, dass die Arbeitnehmer auch Kapitaleinkommen in Form von Zinsen, Dividenden und Mieten erhalten. Dementsprechend kann die Kapitaleinkommens-

quote nicht als Gewinnquote der Unternehmen interpretiert werden, da sie unter anderem die vielfältigen Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer enthält.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Einkommensstruktur der privaten Haushalte in Deutschland auf Basis der Sektorrechnung im Rahmen der VGR (s. hierzu Lequiller/Blades, 2014, 169 ff.) für das Jahr 2016. Der Sektor private Haushalte schließt die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit ein. Hierzu zählen zum Beispiel Kirchen und Vereine, die überwiegend unentgeltliche private Dienstleistungen für die Haushalte zur Verfügung stellen. Außerdem gehören neben den Arbeitnehmern die Einzelunternehmer und Freiberufler zum Sektor private Haushalte, weil für diese eine Trennung von privaten und betrieblichen Einnahmen und Ausgaben nicht möglich erscheint (Schwahn/Schwarz, 2012, 831).

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitnehmerentgelte fließen in vollem Umfang den privaten Haushalten zu. Rund 80 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Unternehmens- und Vermögenseinkommen gehen ebenfalls an die privaten Haushalte. Dabei ist auf den großen Unterschied bei den Vermögenseinkommen und den Betriebsüberschüssen hinzuweisen: Die Vermögenseinkommen der privaten Haus-

Sektorale Einkommensstruktur in Deutschland

Primäreinkommen und deren Komponenten von Gesamtwirtschaft¹⁾ und privaten Haushalten²⁾ in Milliarden Euro und Anteile in Prozent in 2016

	Gesamtwirtschaft ¹⁾	Private Haushalte ²⁾	Verhältnis Haushalte zu Gesamtwirtschaft	Anteil am Haushaltseinkommen ³⁾
	in Milliarden Euro			in Prozent
Arbeitnehmerentgelt	1.593	1.593	1,00	73
Unternehmens-/ Vermögenseinkommen	745	593	0,80	27
– Vermögenseinkommen (Saldo)	63	372	5,91	17
– Betriebsüberschuss	682	221	0,32	10
Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2.645	2.186	0,83	100

1) Private Haushalte, nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften und Staat.

2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

3) Anteil der Einkommenskomponenten am Primäreinkommen der privaten Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

halte übertrafen im Jahr 2016 den gesamtwirtschaftlichen Wert um fast das Sechsfache. Das erklärt sich daraus, dass die anderen inländischen Sektoren, also die Kapitalgesellschaften und der Staat, per saldo Vermögenseinkommen – zum Beispiel in Form von Dividenden und Zinszahlungen – an die privaten Haushalte leisten. Die höchsten Betriebsüberschüsse fielen dagegen im Jahr 2016 im Sektor nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften in Höhe von 440 Milliarden Euro an.

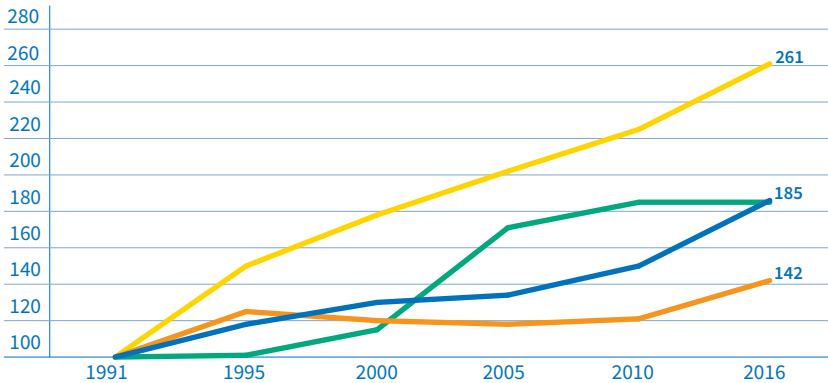
Insgesamt beliefen sich im Jahr 2016 die Primäreinkommen der privaten Haushalte auf 83 Prozent aller gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen. Dies ist eine verteilungspolitisch wichtige Relativierung zur funktionellen Einkommensverteilung und der Lohnquote. Tabelle 3 zeigt auch die Bedeutung der drei Einkommensquellen für die privaten Haushalte: Der Betriebsüberschuss, der die Arbeitseinkommen der Selbstständigen umfasst, steuert 10 Prozent zur Einkommensentstehung bei. 17 Prozent der Haushaltseinkommen resultieren aus Vermögenseinkommen. Knapp drei Viertel des Primäreinkommens stammen vom Arbeitnehmerentgelt. Zum Vergleich: Die Arbeitnehmerentgelte hatten im Jahr 2016 einen Anteil von 68 Prozent am Volkseinkommen (Lohnquote) und von 60 Prozent an allen gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen (2.645 Milliarden Euro).

Bei der Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Vermögenseinkommen und der Lohnquote muss auf die besondere Rolle der unterstellten Mieteinkommen für das selbstgenutzte Wohneigentum hingewiesen werden. Dies stellt in den VGR und in der funktionellen Einkommensverteilung ein Vermögenseinkommen dar (Atkinson, 2009, 7). Als Begründung wird angeführt, dass selbstgenutztes Wohneigentum in den VGR als eine Investition der privaten Haushalte gesehen wird. Das unterstellte Mieteinkommen wird dann als Ertrag aus der Nutzung dieses Kapitalstocks verstanden (Schwahn/Schwarz, 2012). Die unterstellten Mieteinkommen werden schließlich auch beim Konsum der privaten Haushalte in gleicher Höhe als unterstellte Mietzahlungen für ihr selbstgenutztes Wohneigentum angesetzt. Konsum und Primäreinkommen der Haushalte steigen also im gleichen Umfang. Dies hat Auswirkungen auf die Einkommensstruktur der Haushalte (kritisch hierzu Brümmerhoff/Reich, 2007). Für die Interpretation der funktionellen Einkommensverteilung in Deutschland ist es relevant, dass die unterstellte Einkommenskomponente zuletzt gut 20 Prozent der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ausmacht und damit 6,5 Prozent der Kapitaleinkommensquote erklärt.

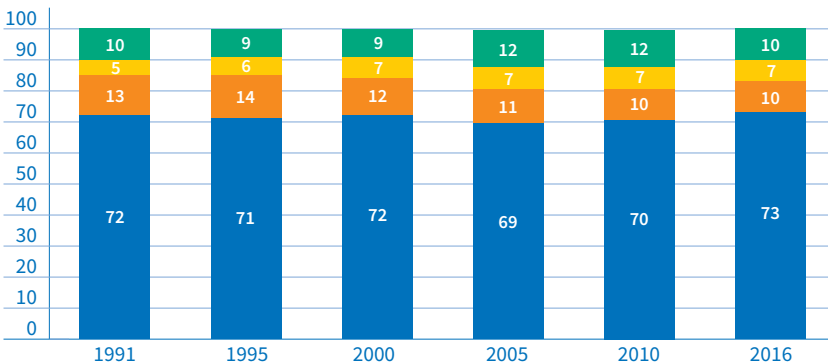
Entwicklung der Haushaltseinkommen in Deutschland

- Arbeitnehmerentgelte
- Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen
- Vermögenseinkommen aus unterstellten Mieteinkommen
- Vermögenseinkommen ohne unterstellte Mieteinkommen

Dynamik der Einkommenskomponenten der privaten Haushalte¹⁾, Index 1991 = 100



Anteile der Komponenten am Primäreinkommen der privaten Haushalte¹⁾ in Prozent



1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Abbildung 4: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/333869/storage/master/download/abb4.xlsx

Mit Blick auf die Struktur und Entwicklung der Haushaltseinkommen zeigt sich für den Zeitraum 1991 bis 2016, dass der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Primäreinkommen aller Haushalte leicht von 28 auf gut 27 Prozent gesunken ist (Abbildung 4 unten). Entsprechend ist der Anteil der Arbeitsentgelte von 72 auf knapp 73 Prozent gestiegen. Im Gegensatz zum Betriebsüberschuss

(+1,4 Prozent pro Jahr) sind die Vermögenseinkommen mit jahresdurchschnittlich gut 3 Prozent stärker gewachsen als die Arbeitsentgelte mit 2,5 Prozent. Die gesamten Primäreinkommen der privaten Haushalte sind im Zeitraum 1991 bis 2016 um ebenfalls durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr gewachsen. Abbildung 4 (oben) zeigt auch, dass langfristig die Vermögenseinkommen aus unterstellten Mieteinkommen die höchste Dynamik aufweisen. Sie stiegen im gesamten Betrachtungszeitraum um durchschnittlich knapp 4 Prozent pro Jahr an, die sonstigen Vermögenseinkommen erhöhten sich dagegen nur um 2,5 Prozent pro Jahr. Auffallend ist hier die starke Dynamik von 2000 bis 2005.

Die gesamten Vermögenseinkommen hatten im Jahr 2016 einen Anteil von 17 Prozent am Primäreinkommen der Haushalte (Tabelle 3; Abbildung 4 unten). Dieses Ergebnis liegt zwischen den Niveaus der 1990er Jahre und dem höheren Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010. In der zuletzt erheblich schwächeren Dynamik der Vermögenseinkommen dürften sich die Belastungen infolge der globalen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und der damit zusammenhängenden Niedrigzinsen niedergeschlagen haben: Während die Vermögenseinkommen (ohne unterstellte Mieteinkommen) im Zeitraum 1991 bis 2010 um jahresdurchschnittlich 3,3 Prozent zunahmen, war in den letzten sechs Jahren eine Stagnation zu verzeichnen. Ohne diese Beeinträchtigung durch das Niedrigzinsumfeld dürfte sich bei der Einkommensstruktur der privaten Haushalte in Deutschland – wie in den vorhergehenden Zeitabschnitten – gezeigt haben, dass sie einen leicht zunehmenden Teil ihres primären Einkommens aus Vermögenseinkommen beziehen.

Schlussfolgerungen

In den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen werden zunehmende Schieflagen in der Einkommensverteilung artikuliert. Diese werden in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften für die Veränderungen des politischen Klimas verantwortlich gemacht. Mit Blick auf die funktionelle Einkommensverteilung zeigt sich in einem internationalen Vergleich von fortgeschrittenen Ländern im vergangenen Vierteljahrhundert kein breit angelegter und kein durchgängiger Rückgang der Arbeitseinkommen an der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentstehung. In Deutschland ist langfristig mehr oder weniger eine stabile Lohnquote zu beobachten. Starke konjunkturelle Wechsellagen schlagen sich gleichwohl in der Einkommensentstehung nieder. Von der makroökonomischen

Einkommensentwicklung entstand hierzulande also kein großer Veränderungsdruck in Form einer stark zunehmenden Bedeutung von Kapitaleinkommen auf die personelle Einkommensverteilung. Auch die Einkommensstruktur der privaten Haushalte war im vergangenen Vierteljahrhundert keinen nennenswerten Veränderungen unterworfen. Das Niedrigzinsumfeld dürfte allerdings die Bedeutung der Vermögenseinkommen vermindert haben. Dies gilt entsprechend für die Lohnquote. Bei der Interpretation der funktionellen Einkommen und ihrer Verteilung sind bezüglich der Vermögenseinkommen einige statistische Einschränkungen und Besonderheiten zu beachten.

Um eine umfassende Verteilungsanalyse vornehmen zu können, muss zum einen eine gründliche Beschreibung und Erklärung der makroökonomischen Einkommen geleistet werden. Hier gibt es eine Vielzahl von länderspezifischen Eigenheiten zu beachten. Erst dieser gesamtwirtschaftliche Rahmen ermöglicht es, den Zusammenhang von Produktionswachstum (Einkommensentstehung) und Einkommensverteilung konsistent zu analysieren und mögliche Wahrnehmungsprobleme zu verstehen. Zum anderen muss eine empirische Verbindung von funktioneller und personeller Einkommensanalyse angestrebt werden.

Literatur

Atkinson, Anthony, 2009, Factor shares: the principal problem of political economy?, in: Oxford Review of Economic Policy, 25. Jg., Nr. 1, S. 3–16

Braakmann, Albert / Hartmann, Norbert / R ath, Norbert / Strohm, Wolfgang, 2005, Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 5, S. 425–462

Brümmerhoff, Dieter / Grömling, Michael, 2014, Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014, Folgen für die ökonomische Analyse, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 4, S. 281–287

Brümmerhoff, Dieter / Grömling, Michael, 2015, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 10. Aufl., München

Brümmerhoff, Dieter / Reich, Utz-Peter, 2007, Treatment of owner-occupied housing in national accounts: Some questions, Th unen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie, Working Paper, Nr. 78, Rostock

Eurostat, 2014, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG 2010, Luxemburg

Glyn, Andrew, 2009, Functional Distribution and Inequality, in: Salverda, Wiemer / Nolan, Brian / Smeeding, Timothy (Hrsg.), Oxford Handbook of Economic Inequality, Oxford, S. 101–126

Gollin, Douglas, 2002, Getting Income Shares Right, in: Journal of Political Economy, 110. Jg., Nr. 2, S. 458–474

Grömling, Michael, 2006, Die Lohnquote – ein statistisches Artefakt und seine Interpretationsgrenzen, in: IW-Trends, 33. Jg., Nr. 1, S. 35–48

Grömling, Michael, 2008, Die wirtschaftspolitische Problematik der Lohnquote, in: Funk, Lothar (Hrsg.), Anwendungsorientierte Marktwirtschaftslehre und Neue Politische Ökonomie, Wirtschaftspolitische Aspekte von Strukturwandel, Sozialstaat und Arbeitsmarkt, Marburg, S. 497–520

Hartmann, Norbert, 2005, Bruttoinlandsprodukt 2004, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 1, S. 13–24

Hauf, Stefan / Voy, Klaus, 2009, Produktions- und Einkommensbegriffe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Voy, Klaus, Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Bd. 4, Marburg, S. 149–176

H uthner, Michael, 2017, Die Werte des Westens, in: Börsen-Zeitung, v. 16.3.2017, Nr. 53, S. 6

ILO – International Labour Organization / OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2015, The Labour Share in G20 Economies, Report prepared for the G20 Employment Working Group, Antalya

IMF – International Monetary Fund, 2007, Globalization and Inequality, in: World Economic Outlook, Oktober, S. 31–65

Lequiller, Francois / Blades, Derek, 2014, Understanding National Accounts, 2. Aufl., Paris

Niehues, Judith, 2017, Die Mittelschicht in Deutschland – Vielschichtig und stabil, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 1, S. 3–20

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2012, Labour Losing to Capital: What Explains the Declining Labour Share?, in: OECD Employment Outlook 2012, S. 109–161

Piketty, Thomas, 2014, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München

Schröder, Christoph, 2017, Armut in Europa – Eine multidimensionale Betrachtung, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 1, S. 21–41

Schwahn, Florian / Schwarz, Norbert, 2012, Einkommensverteilung als Baustein der Wohlfahrtsmessung, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 10, S. 829–842

Statistisches Bundesamt, 2017, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.4, Wiesbaden

Stiglitz, Joseph / Sen, Amartya / Fitoussi, Jean-Paul, 2009, Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris

Sunde, Uwe, 2017, Die Achillesferse der Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 55, v. 6.3.2017, S. 16

The Development of Macroeconomic Income Distribution in Germany

Problems of economic growth and political polarisation in a number of developed economies are increasingly being blamed on inequality in distribution. Over the past decade this has stimulated analysis of macroeconomic income distribution. If there is a shift in national income creation towards capital income, this is bound to affect personal income distribution and how society perceives it. However, an international comparison of advanced countries over the last quarter-century shows no general or consistent fall in the labour share. Rather, among the 18 countries compared, no uniform pattern can be discerned. Apart from the effects of sometimes considerable fluctuation in the state of the economy, Germany had a stable labour share in the 1990s, and has had so again in recent years. When interpreting functional incomes and their distribution, attention needs to be paid to the limits and peculiarities of the underlying statistics, particularly with regard to corporate profits. The definition of employee compensation does not include the earned incomes of the self-employed, which are instead booked as corporate income. Moreover, the functional distribution of income provides a guide to the income position of private households. The sector accounts in the national account system indicate that the latter's most recent share of Germany's primary national income was 83 per cent.